

Eine Branche macht mobil

Seit Jahresbeginn kämpfen die Betriebsräte der Krankenversicherer gegen die Einführung der Bürgerversicherung. Dabei engagieren sie sich nicht nur mit Aufklärungsaktionen in den Betrieben, sondern sprechen auch mit Politikern – um vor der Bundestagswahl noch möglichst viele Menschen zu informieren. Eine Studie, die im Giftschränk landen sollte, liefert dabei zusätzlich gute Argumente.



Sie verschlechtert die medizinische Versorgung, führt zu echter 2-Klassen-Medizin und löst kein einziges finanzielles Problem unseres Gesundheitssystems: die Bürgerversicherung. Trotz aller Proteste des PKV-Verbandes, von Ärzten und Experten ist ihre Einführung so wahrscheinlich wie noch nie. Der Grund: SPD, Grüne und Die Linke haben ihre Pläne zur Einführung eines einheitlichen Gesundheitssystems – unter Abschaffung der PKV-Vollversicherung – in ihre Wahlprogramme geschrieben.

Seit Anfang des Jahres bildet sich eine weitere Front gegen die Bürgerversicherung, die immer stärker wird: Die Betriebsräte der PKV-Unternehmen haben sich in einer gewerkschaftsübergreifenden Initiative zusammengeschlossen. Unter dem Motto „Bürgerversicherung? Nein, danke!“ führen sie Aufklärungsaktionen in ihren Betrieben durch und

suchen das Gespräch mit Politikern (Seiten 6/7). Denn: Eine Einführung der Bürgerversicherung hätte über die negativen Folgen für alle hinaus drastische Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Branche.

Erfolge sind schon sichtbar: So brachte Ende Mai die nordrhein-westfälische FDP eine kleine Anfrage in den Landtag ein. Inhalt: Die Frage nach dem Verlust von Arbeitsplätzen durch die Bürgerversicherung.

■ Kommentar von Helmut Posch

Welche Argumente die Verbund-Betriebsräte haben (Seiten 7/8) und wie die neueste Studie zum Thema die Folgen einschätzt – und warum sie zunächst im Giftschränk verschwand (S. 10) – sind weitere Aspekte unserer Titelgeschichte. Darüber hinaus finden Sie einen Kommentar des Vorstandsvorsitzenden Helmut Posch auf Seite 11.



„Bürgerversicherung? Nein, danke!": Die Betriebsräte der Continental Kranken Bernd Schneider, Detlef Mursch, Martina Friedrich, Joachim Liesenfeld (Standort Köln) und Martina Jung gehören der Initiative an.

Aufklärung auf höchster Ebene

Die Betriebsräte der PKV-Branche machen mobil: Die INITIATIVE „Bürgerversicherung? Nein, danke!“ informiert nicht nur in Unternehmen, sondern führt auch bundesweit Gespräche mit Politikern.

Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, sagte sofort ja. Hannelore Kraft (SPD), Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, ist hingegen für die Betriebsräte der PKV in Sachen Bürgerversicherung auch auf erneute Nachfrage hin nicht zu sprechen.

Eine Haltung, die nicht alle SPD-Politiker teilen. Denn die sozialdemokratischen Oberbürgermeister der „Versicherungsstädte“ Köln (Jürgen Roters), Hamburg (Olaf Scholz) und München (Christian Ude) haben die Vertreter der Initiative „Bürgerversicherung? Nein, danke!“ bereits im April und Mai bereitwillig und interessiert empfangen. Und auch der Dortmunder Amts- und Parteikollege Ullrich Sierau wurde wegen eines Gesprächstermins angeschrieben.

Das Gespräch mit Politikern ist eine wichtige Säule der meinungsbildenden Aktionen, die die PKV-Betriebsräte von mittlerweile 25 Unternehmen seit Jahresanfang mit Hochdruck durchführen. Plattform ►

NEUE ASSEKURANZ GEWERKSCHAFT (NAG)

Aktiv für die Mitarbeiter der Branche

Unmut über die Vertretung der Interessen der Assekuranz-Mitglieder durch ver.di, deren mangelnde Betreuung in der Fläche und nicht zuletzt verdis Befürwortung der Bürgerversicherung führten dazu, dass am 18. November 2010 die „Neue Assekuranz Gewerkschaft“ (NAG) aus der Taufe gehoben wurde. Bernd Schneider, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Continental Kranken, gehörte zu den Gründungsmitgliedern. „Wir wollten nicht mehr einer Gewerkschaft angehören, die unsere Arbeitsplätze abschaffen will. Die NAG versteht sich als Spezialgewerkschaft für die

Mitarbeiter der Versicherungswirtschaft, die sich mit den Branchenthemen und -problemen auskennt und sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen kann“, so Schneider. Ziel sei die Mitbestimmung bei Arbeits- und Einkommensbedingungen, Beratung der Mitglieder und Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Ihren Mitgliedern gegenüber verstehe sich die NAG als „Mitmachgewerkschaft“. Schneider: „Wir haben kein abgeschlossenes Programm, sondern brauchen den aktiven Einsatz, um flexibel reagieren zu können.“

www.neue-assekuranz-gewerkschaft.de

► dieser Aktivitäten ist die genannte Initiative. Sie wurde auf einer von der Gewerkschaft NAG angebotenen Konferenz der PKV-Betriebsräte im März diesen Jahres gegründet (siehe auch Kasten links sowie Seiten 8/9).

Mit verschiedenen Aktionen sollen möglichst viele Menschen über die verheerenden Folgen einer Bürgerversicherung informiert werden, zu denen bei einer Einführung auch der Verlust von 75.000 Arbeitsplätzen gehören würde. Dabei setzt die Initiative seit April nicht nur auf Aufklärung in den Unternehmen, sondern versucht auch intensiv, auf politischer Ebene Meinungsbildung zu betreiben, um die Einführung abzuwenden. Neben dem Versuch, die Parteispitzen auf Kongressen oder per Brief zu einem Gesprächstermin zu bewegen, ist dabei ein wichtiger Ansatzpunkt der Kontakt zu Mandatsträgern vor Ort.

■ **SPD-Oberbürgermeister überzeugt**

„Der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters beispielsweise wurde sehr nachdenklich, als er hörte, wie viele Arbeitsplätze in seiner Stadt durch die Einführung der Bürgerversicherung verloren gehen würden. Schließlich sind in Köln mehrere PKV-Unternehmen ansässig“, berichtet Bernd

Schneider, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Continentale Kranken, der bei diesem Treffen dabei war. „Meiner Wahrnehmung nach hat er seine parteipolitische Einstellung zügig relativiert, als ihm die Konsequenzen aufgezeigt wurden. Er will jetzt mit anderen SPD-Mitgliedern das Gespräch suchen“, so Schneider zufrieden.

Mittlerweile wurden alle Bundes- und Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen sowie 300 Vertreter von unterschiedlichen Verbänden angeschrieben. Auch mit der CDU werden auf Landes- und Bundesebene Gespräche geführt: unter anderem bereits im April mit Vertretern des Vorstandes der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, im Juni mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach.

sc

INFO

Mehr Informationen zu Zielen und Aktionen gibt es unter: www.buergerversicherung-nein-danke.de



Aktion in der Dortmunder Direktion: Ende April informierten die Betriebsräte in den Foyers und sammelten Unterschriften gegen die Bürgerversicherung. Die anderen Standorte wurden oder werden ebenfalls noch besucht.

GESCHLOSSENE AKTION

Gemeinsame Erklärung der PKV-Betriebsräte

Die Betriebsräte von 22 PKV-Unternehmen haben eine gemeinsame Erklärung zum Thema „Bürgerversicherung“ verfasst. Hier der – leicht gekürzte – Text:

Das Nebeneinander von GKV und PKV hat sich für alle Bürger bewährt. Die von SPD, Grünen, Linken und DGB-Gewerkschaften favorisierten Konzepte einer „Bürgerversicherung“ werden unser bestehendes Gesundheitssystem zerstören. Denn die „Bürgerversicherung“ löst keine Probleme des Gesundheitssystems:

„Bürgerversicherung“ gefährdet Patientenversorgung: Das heute sehr gute medizinische Versorgungsniveau für alle Bürger kann nach dem Wegfall der PKV nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Qualität der Arztpraxen profitiert von der Mischung der gesetzlich und privat versicherten Patienten. Die Einnahmen aus Privatabrechnungen bilden die Basis für Investitionen in den medizinischen Fortschritt, die auch den GKV-Patienten zugutekommen. Fällt diese weg, entsteht eine flächendeckende medizinische Unterversorgung für die Bevölkerung.

„Bürgerversicherung“ schafft Zweiklassenmedizin: In einem Einheitssystem ist es für den Staat noch einfacher als bisher, medizinische Leistungen zu reduzieren. Exzellente Versorgung auf dem neuesten Stand gibt es dann nur noch in Privatarztpraxen und -kliniken. Das ist Zweiklassenmedizin in Reinkultur. Eine solche Entwicklung hat sich bereits in den Niederlanden und in Großbritannien gezeigt. In den Niederlanden wird mittlerweile wieder der Ausstieg aus diesem System diskutiert.

„Bürgerversicherung“ erbt GKV-Probleme: Durch die Zwangsverpflichtung der circa 10 Prozent Privatversicherten können die Probleme der GKV (z.B. zu lange Wartezeiten, steigende Zuzahlungen und Leistungskürzungen) nicht gelöst werden.

„Bürgerversicherung“ vernichtet massiv Arbeitsplätze: Die private Vollversicherung stellt das Fundament der PKV-Unternehmen dar. Fällt sie weg, verschwinden mit ihr über 75.000 Arbeitsplätze. Darüber hinaus sind viele tausend Arbeitsplätze in anderen medizinischen und verwaltenden Bereichen bedroht. Die Einführung bedeutet die Schließung ganzer Standorte und die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Durch Zusatzversicherungen lässt sich das nicht kompensieren. Existenzen werden zerstört.

Nebeneinander von GKV und PKV hat sich bewährt: Unser Gesundheitssystem genießt international höchstes Ansehen. Einige Dinge gilt es anzugehen, um Verbesserungen zu erreichen. Damit wird die medizinische Versorgung auch zukünftig mit hoher Qualität sichergestellt. Wir fordern von der Politik unter Einbeziehung aller Beteiligten eine zukunftsfähige Gesundheitsreform. Über 75.000 Arbeitsplätze dürfen nicht einfach sozialpolitischen Ideologien geopfert werden!

„Wir kämpfen für den Erhalt von 75.000 Arbeitsplätzen“

Klare Positionierung der Betriebsräte gegen die Bürgerversicherung. Ein **INTERVIEW** mit Joachim Liesenfeld, Detlef Mursch und Bernd Schneider.

Gespräche mit Politikern führen, Flyer verteilen, Unterschriften sammeln: Joachim Liesenfeld, stellvertretender Vorsitzender des gemeinsamen Betriebes der Europa Versicherungen und der Continentale Kranken in Köln, Detlef Mursch, Vorsitzender des Betriebsrates der Continentale Kranken Direktion, sowie Bernd Schneider, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Continentale Kranken, sind im Moment viel unterwegs. Sie sind Mitglieder der Initiative „Bürgerversicherung? Nein, danke!“, in der sich PKV-Betriebsräte zusammengeschlossen haben, um gegen die Bürgerversicherung aktiv zu werden (siehe auch Seiten 6-7).

Im März gab es eine gemeinsame Erklärung der Betriebsräte von 22 PKV-Unternehmen gegen die Einführung der Bürgerversicherung, seit April laufen bei den Versicherern Aufklärungsaktionen – auch bei uns im Verbund. Was steckt dahinter?

Bernd Schneider: Über allem steht die Kernaufgabe eines jeden Betriebsrates: für die Sicherheit der Arbeitsplätze einzutreten. Durch die Bürgerversicherung, also die Abschaffung der privaten Vollversicherung, gehen aber bis zu 75.000 Arbeitsplätze verloren, Vermittler eingerechnet. Und zwar ohne dass dies auch nur ein Problem unseres Gesundheitssystems lösen würde.

Wie kommen Sie auf die Zahl von 75.000 Arbeitsplätzen, die verloren gehen?

Schneider: Für die PKV arbeiten in den Unternehmen und Konzernen etwa 40.000 Festangestellte. Vier Fünftel der PKV-Beitragseinnahmen entfallen auf die Vollversicherung und hier fällt auch die meiste Arbeit an, da das Zusatzversicherungsgeschäft stärker automatisiert ist. Fällt die Vollversicherung weg, fallen 85 Prozent der Stellen weg. Das sind 34.000 Arbeitsplätze. Dazu kommt, und das sind sehr vorsichtige Schätzungen, mindestens noch einmal



Betriebsräte im Gespräch: (v.l.) Detlef Mursch, Joachim Liesenfeld und Bernd Schneider sprechen sich dezidiert gegen die Einführung der Bürgerversicherung aus, weil durch sie Arbeitsplätze in der Assekuranz vernichtet werden.

die gleiche Zahl an Vermittlern, denen die Geschäftsgrundlage entzogen wird – plus deren Mitarbeiter.

Joachim Liesenfeld: Und jetzt stehen die Pläne zur Abschaffung der PKV in den Programmen von drei großen Parteien. Das ist kein schlechter Scherz mehr, den wir einfach abtun können – vor allem wenn man noch die Haltung der Gewerkschaft ver.di und des DGB sieht, die ebenfalls die Bürgerversicherung wollen. Mit der Initiative „Bürgerversicherung? Nein, danke!“ wollen wir uns als PKV-Betriebsräte wehren.

Wie kam es zur Gründung der Betriebsräte-Initiative?

Schneider: Auf Anregung der NAG, also der Neuen Assekuranz Gewerkschaft. Sie wurde 2010 auch deshalb gegründet, weil einige Betriebsräte der Branche nicht mehr einer Gewerkschaft angehören wollten, die ihre eigenen Arbeitsplätze abschaffen will. Nach Gründung wurde entsprechend sofort ein PKV-Ausschuss gegründet, dem neben mir auch Joachim Liesenfeld angehört.

Beim Auftakttreffen in den Räumen der Europa in Köln wurde schnell klar: Wir müssen etwas tun, wenn wir die Bürgerversicherung abwenden wollen. Und: Dies solle über Gewerkschaftsgrenzen hinweg geschehen, um als Arbeitnehmervertreter der gesamten Branche auftreten zu können. Also haben wir im vergangenen Jahr Betriebsratskollegen aller PKV-Unternehmen angesprochen und sind auf offene Ohren gestoßen. Und zwar unabhängig davon, ob und in welcher Gewerkschaft die anderen Betriebsräte organisiert sind oder waren.



Bernd Schneider: „Nicht den eigenen Arbeitsplatz abwählen.“

► **Liesenfeld:** Bei der Konferenz der Betriebsräte im März gab es keine großen Meinungsverschiedenheiten, wir haben uns schnell auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Und da uns allen auch klar war, dass wir jetzt, vor der Bundestagswahl, ganz dringend die Kollegen in den Betrieben aufklären müssen, haben wir uns auch für Aktionen in den beteiligten Unternehmen ausgesprochen. Gleichzeitig versuchen wir, mit möglichst vielen Politikern zu sprechen, um sie über die dramatischen Folgen der Bürgerversicherung aufzuklären und umzustimmen.

Wie sind denn die Aktionen in den Betrieben bislang angekommen?

Schneider: Bundesweit haben wir eine Lawine losgetreten, die wir so nicht erwartet hätten. Überall bilden sich Gruppen, die auf ihre Abgeordneten zugehen und Veranstaltungen in ihren Betrieben organisieren. Darüber hinaus gab und gibt es noch Gespräche mit führenden Politikern.



Joachim Liesenfeld: „Wir wollen uns wehren.“

Liesenfeld: Ich persönlich finde es allerdings traurig, dass eine Politikerin wie Hannelore Kraft, die jüngst noch im Fernsehen zum Thema Lohndumping mehr Mitbestimmung der Betriebsräte gefordert hat, unsere erste Bitte um einen Termin mit einer Plattitüde hat ablehnen lassen und das zweite Schreiben gar nicht mehr beantwortet hat.

Und wie waren bislang die Reaktionen bei uns im Verbund?

Detlef Mursch: Grundsätzlich gut. Allerdings gibt es auch Kollegen, die glauben, sie seien nicht betroffen, weil sie beispielsweise bei der Continentale Sach oder in einer Stabsstelle arbeiten. Andere empfinden unsere klaren Aussagen als unangemessene politische Beeinflussung, die uns nicht zustünde.

Liesenfeld: Damit habe ich kein Problem. Es ist unsere Aufgabe für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzutreten. Und das zieht natürlich auch eine Form der politischen Aussage nach sich.



Detlef Mursch: „Unter dem Strich trifft es alle im Verbund.“

Schneider: Zum Thema Wahlbeeinflussung kann ich als Betriebsrat nur eines sagen, auch wenn das manche Kollegen nicht hören wollen: Mit jedem Kreuz an der falschen Stelle, mit jedem Euro Beitrag an eine falsche Gewerkschaft, unterstützt und finanziert man im Ergebnis den größten Arbeitsplatzabbau in der Geschichte der Assekuranz. Dessen Folgen werden bei Weitem nicht nur die Mitarbeiter der PKV-

Unternehmen beziehungsweise die der Continentale Kranken treffen. Und das, obwohl wir hier im Verbund mit unserer gemeinsamen Erklärung zur Arbeitsplatzsicherheit unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Mit welchem Szenario rechnen Sie denn, wenn die Bürgerversicherung eingeführt werden würde?

Schneider: Zunächst mit dem sofortigen Verlust jeglichen Neugeschäfts im Bereich der Krankheitskostenvollversicherung ...

Liesenfeld: ... was dazu führen könnte, dass die Vorstände vor uns stehen würden, um mit uns über einen Sozialplan zu verhandeln. Und zwar ohne dass sie das wollten oder wir dies im Verbund unter normalen Umständen überhaupt irgendwie auch nur müssten.

Ist das nicht doch zu arge Schwarzmalerei? Auch für Betriebsräte?

Mursch: Leider ist das genau die Haltung, auf die wir auch in Gesprächen stoßen. Dabei liegt es für alle PKV-Versicherer, auch solche, die wie wir in Konzernen organisiert sind, auf der Hand: Der Verlust von Neugeschäft in der Vollversicherung führt unmittelbar zu weniger Arbeit in den Kundendiensten. Aber eben nicht nur da: Kein Neugeschäft in der Vollversicherung heißt auch Verlust von Vermittlern. Es heißt auch keine neuen Vollkostenprodukte mehr, weniger Briefaufkommen, weniger Personal zu verwalten und vieles mehr. Unter dem Strich trifft das alle Bereiche im Verbund, auch in den Stabsstellen wie Mathematik, Personal, Informatik oder der Orga-direktion. Das Zusatzgeschäft allein wird all das nie auffangen können.

Liesenfeld: Und auch wenn der Verbund insgesamt gut dasteht: Zirka 50 Prozent der Beiträge kommen aus der Sparte Kranken, sie ist die tragende Säule. Darüber hinaus können die Verbundunternehmen, so gut sie sich auch entwickeln, nicht alle Kranken-Kollegen auffangen, deren Aufgaben wegfielen.

Was kann oder soll denn der Einzelne Ihrer Meinung nach jetzt tun?

Liesenfeld: Er könnte in jedem Fall Flagge zeigen. Wenn ich so über unsere Parkplätze schaue, sehe ich beispielsweise nur wenige von unseren Aufklebern auf den Autos. Davon ab könnte jeder in seinem Umfeld Freunde und Bekannte informieren.

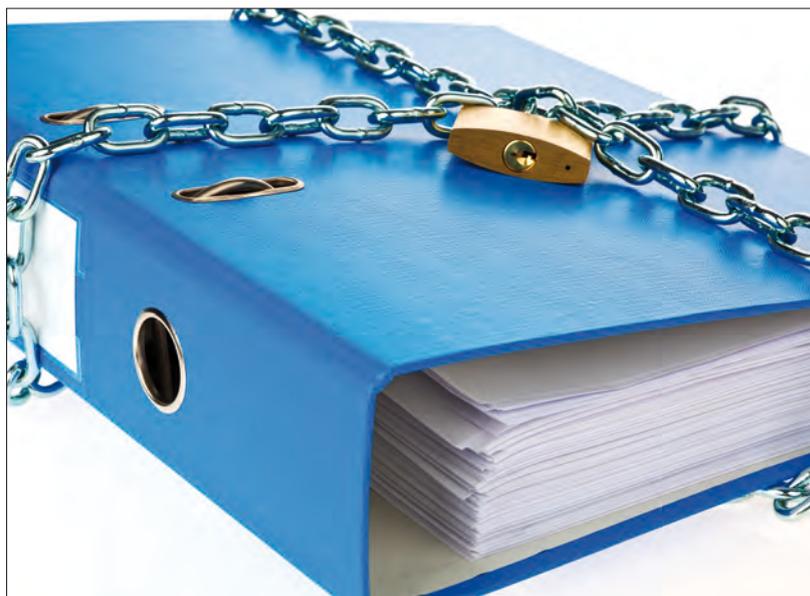
Schneider: Letztlich bestimmt aber nur einer, ob die Bürgerversicherung eingeführt wird oder nicht: der Wähler. Und ich bin der Meinung, dass man nicht seinen eigenen Arbeitsplatz abwählen sollte. **sc**

ver.di: Giftschrank fürs Gutachten

Mindestens 25.000 Arbeitsplätze fielen direkt weg, zigtausend würden folgen: Ein Gutachten der Gewerkschaft ver.di belegt **NEGATIVE FOLGEN** der Bürgerversicherung. Veröffentlicht werden sollte es nicht.

Platt gesagt: Dumm gelaufen für ver.di. Schon 2004 positionierte sich Deutschlands größte Gewerkschaft pro Bürgerversicherung und für die Abschaffung der PKV. 2012 wurde ein Gutachten angekündigt, das die Vorteile eines neuen Gesundheitssystems belegen sollte. Zum Jahresanfang lag es dann vor. Allerdings: Die Ergebnisse des SPD-nahen Gesundheitsexperten Dr. Robert Paquet, der die Untersuchung im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung durchführte, belegen nicht die Sinnhaftigkeit, sondern die verheerenden Folgen einer Einführung der Bürgerversicherung. Veröffentlicht wurden diese Erkenntnisse allerdings nicht.

Trotzdem sickerten im April Kernpunkte der Untersuchung durch, die von den Medien sofort verbreitet wurden. ver.di reagiert erst nach direkten



Anfragen der Presse und erklärte, bei der Studie handele es sich nur um eine Expertise, die in zentralen Punkten den wissenschaftlichen Standards noch nicht genüge. Eine Interpretation, die der Autor in der Öffentlichkeit bestritt. **gol/sc**

KERNERGEBNISSE IN KÜRZE

„Völlig unrealistisch“

Alle Befürworter der Bürgerversicherung, so der Studien-Autor Dr. Robert Paquet, wollen die schnelle Einführung, um die mit dem dualen System angeblich verbundenen „Ungerechtigkeiten“ zu beseitigen. Die Zeitvorstellungen der Bürgerversicherungs-Befürworter (SPD, Grüne, Linke) von einem Jahr bezeichnet der Autor allerdings als „völlig unrealistisch“. Transferkonzepte, die beschreiben, wie das bisherige System in eine Bürgerversicherung überführt werden solle, würden, so Dr. Paquet, von den Befürwortern „offensichtlich bewusst“ verweigert.

■ Werbeinstrument für die Wahlen

Dr. Paquet: „Der enorme Zeitdruck (...) dürfte darin begründet sein, dass die Parteien vor allem die liebevoll berechneten Beitragssatzsenkungen für Arbeitnehmer und Rentner, die möglichst bald aus der Bürgerversicherung resultieren sollen, als das entscheidende Werbeinstrument für die Reform ansehen. Jedes Eingeständnis längerfristiger Umbau-Erfordernisse würde dieses Argument schnell zerbröseln lassen.“ Der Autor nennt als realistische Einführung Zeiträume bis 2025 oder gar erst 2040.

Zum Thema „Arbeitsplätze“ sind die Studienergebnisse erschreckend: Angenommen wird, dass es

etwa 60.000 Arbeitsplätze in der PKV gibt, Versicherungsvermittler nicht mitgerechnet. Davon würden bei der Einführung der Bürgerversicherung „rund 25.000 kurzfristig ihren Job verlieren“, weitere in der Folge – wie schnell wie viele hinge auch davon ab, welche Möglichkeiten den PKV-Versicherten für einen Wechsel in die Bürgerversicherung eingeräumt würde.

Deutlich werde, so der Autor, dass dem Erhalt der Arbeitsplätze in der PKV kaum Stellenwert eingeräumt werde: „Die Zusicherung von DGB und SPD, sich auch um die Beschäftigten in der PKV zu kümmern, hat bisher nur den Stellenwert eines Merkmals für die Umsetzung der Bürgerversicherung.“

■ Keine neuen Jobs für PKV-Mitarbeiter

Darüber hinaus sieht die Studie für die Beschäftigten der PKV nur geringe Chancen, bei den Anbietern der Bürgerversicherung, den heutigen Krankenkassen, Ersatzarbeitsplätze zu finden. Denn: Arbeitsplätze in der Neukunden-Akquise fielen ersatzlos weg, die Qualifikations- und Gehaltsniveaus seien extrem unterschiedlich und die Kassen könnten die Aufnahme der wechselnden PKV-Mitglieder auch ohne nennenswerte Neueinstellungen bewältigen. **gol/sc**

Aktive Entmündigung der Bürger

Kommentar des Vorstandsvorsitzenden
HELMUT POSCH

Die Idee der Bürgerversicherung ist nicht neu. Einheitssysteme im Gesundheitswesen können wir schon seit Jahren sozusagen am lebenden Objekt beobachten: in England, in Spanien oder auch seit einigen Jahren in den Niederlanden. Wir haben also gesicherte Erkenntnisse, wie ein einheitliches, staatlich gelenktes Gesundheitssystem funktioniert und wie sich die Versorgung der Menschen darstellt.

Im Vergleich mit unserem dualen System mit dem Nebeneinander von GKV und PKV ist das Fazit eindeutig: Überall ist die Gesundheitsversorgung schlechter, es herrscht tatsächliche 2-Klassen-Medizin und billiger wird es im Ergebnis nicht. Dem stimmen namhafte ausländische Gesundheitsexperten zu – auch aus den genannten Ländern.

■ Leistungskürzung ist gewollt

Leider hat sich diese Erkenntnis in Deutschland nicht durchgesetzt. Drei Bundestagsparteien haben die Einführung einer Bürgerversicherung in ihren aktuellen Wahlprogrammen festgeschrieben – also auch die Abschaffung der PKV-Vollversicherung. Und das, obwohl sich in den vorangegangenen Diskussionen jeder scheinbare „Vorteil“ bei genauem Hinsehen als nicht haltbar entpuppt hat. Warum also wird an der Bürgerversicherung festgehalten?

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich zunächst beschreiben, welcher grundsätzliche Philosophiebruch hier vollzogen wird: Die Abschaffung des dualen Gesundheitssystems zugunsten einer staatlich reglementierten Einheitsversicherung wäre eine Absage an lebenslang garantierte Leistungen. Denn die bietet nur die PKV ihren Versicherten. Die neue Lösung, genannt „Bürgerversicherung“ (?!), will dies expliziert nicht, sondern verankert vielmehr die Leistungskürzung im System.

Denn nichts anderes ist der Zweck einer Bürgerversicherung: die Rationierung von Gesundheitsleistungen für den Bürger. Ohne einen Wettbewerber, der seinen Versicherten das Gegenteil vertraglich garantiert, ist das ganz einfach



Helmut Posch: „Bürgerversicherung verankert Leistungskürzung im System.“

möglich. Dass dies keine Probleme löst, auch die finanziellen nicht, ist nicht zuletzt durch das in seiner ersten Fassung ungewollt an die Öffentlichkeit gelangte Gutachten von ver.di bewiesen.

Es bleibt also nur ein Schluss: Die Entmündigung der Menschen, die auf Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit setzen, wird nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern soll aktiv betrieben werden. Denn mit der Abschaffung der PKV-Vollversicherung wird den Menschen, die ihre Gesundheit eigenverantwortlich und mit lebens-

lang garantierten Leistungen absichern wollen, die Möglichkeit dazu genommen.

Genau das wird von den „Grünen“ und den „Roten“ gefordert – und leider punktuell auch immer öfter von einzelnen Vertretern anderer Parteien. Und zwar ohne eine seriöse Bewertung der Folgen und um den Preis von insgesamt 75.000 Arbeitsplätzen im Innen- und Außendienst – wohlgerne von überwiegend unbefristeten und gut bezahlten. Dass die Betriebsräte der PKV in einem Akt der Eigenverantwortung und Wehrhaftigkeit dagegen kämpfen, können wir alle nur begrüßen und sie darin bestärken.

■ Verbund wird weiter stabil bleiben

Für unseren Verbund kann ich sagen: Wir wünschen uns zwar eine Einführung der Bürgerversicherung nicht. Ich bin mir aber sicher, dass wir als Verbund auch unter neuen Bedingungen erfolgreich sein werden. Denn wir haben die Innovationskraft und den Willen, uns auch auf neuen Märkten erfolgreich zu positionieren. Welche unmittelbaren Auswirkungen diese Thematik aber auf unsere Krankenversicherung und deren Mitarbeiter tatsächlich haben würde, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich einschätzbar. Deshalb kann ich hier auch keine vollmundigen Versprechungen machen – das wäre unehrlich. Für eines stehe ich aber persönlich ein: Wir als Vorstandsteam werden unserem Selbstverständnis gemäß immer alles Erdenkliche tun, um die sicheren Arbeitsplätze im Verbund zu erhalten. Trotzdem bleibt zu hoffen, dass bei den Wahlen der gesunde Menschenverstand siegen wird.

INFO-MATERIAL

ConNet und Broschüre

Das Thema Bürgerversicherung ist komplex und ideologisch aufgeheizt. Wenn Sie für das Gespräch mit Familie, Freunden oder Kunden fundierte Argumente brauchen, finden Sie diese im ConNet (**Verbund/Interne Kommunikation**).

Darüber hinaus wurde Mitte Mai eine entsprechende Broschüre an alle Mitarbeiter verteilt. Wer die Broschüre an Dritte weitergeben möchte, kann sie kostenlos über den Druckstücke-Shop (Druckstück-Nr. 1675) nachbestellen.